

Newsletter 12/2011

Editorial.....	S. 1
Reaktionen auf die neonazistischen Anschläge.....	S. 2
Berichte aus der Info- und Bildungsstelle.....	S. 5
Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums und seiner Kooperationspartner	S. 6
Weitere Hinweise.....	S. 8
Am rechten Rand.....	S. 13
Neu in der Bibliothek.....	S. 15
Impressum.....	S. 16

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,**



kaum ein Ereignis hat uns in den letzten Wochen so berührt und beschäftigt wie die Mordserie der Zwickauer Zelle. Auch für zwei Anschläge in Köln – auf ein Lebensmittelgeschäft in

der Innenstadt 2001 und das Nagelbombenattentat 2004 in der Mülheimer Keupstraße – ist der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) verantwortlich. Noch ist nicht klar, wie groß das Unterstützernetzwerk war, welche Ermittlungspläne es gab und welche Rolle staatliche Behörden in dem ganzen Fall spielten. Den Opfern und ihren Angehörigen gehört jetzt unser Mitgefühl. Sie haben ein Recht auf eine rückhaltlose Aufklärung. Nicht zuletzt wurden die Geschädigten – wie im Fall der Keupstraße – selbst unter Tatverdacht gestellt. Das ist beschämend für alle, die einen rechtsextremen Hintergrund der Täter sofort ausgeschlossen haben.

Nachdem die Hintergründe der Taten ans Tageslicht gekommen waren, gab es sofort die verschiedensten Vorschläge, was denn nun zu tun sei: NPD-Verbot, Zusammenlegung verschiedener Verfassungsschutzbehörden, Erweiterung polizeilicher Kompetenzen oder Aufklärungsmaßnahmen.

Die Aufregung und Verunsicherung sind verständlich, dennoch erscheinen sie mir fehl am Platze. Die bestehenden Möglichkeiten wären ausreichend gewesen, um dem nationalsozialistischen Untergrund auf die Spur zu

kommen. Nur wurden sie nicht angewendet und nicht ausgeschöpft. Auch eine repressivere Sicherheitspolitik wird an diesem Grundproblem nichts ändern. Wichtiger erscheint mir, die Sensibilität für rechte Gewalt gesamtgesellschaftlich zu erhöhen.

Auch aus dem Boden gestampfte Maßnahmen sind keine adäquate Strategie. In der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen und Erscheinungsformen ist ein langer Atem notwendig. Wichtiger als neue und vielfach symbolische Aktivitäten ist die Verstärkung erprobter und erfolgreicher Maßnahmen. Die Mobilien Beratungen in NRW (einer der Träger ist das NS-DOK) haben dazu einen Appell formuliert, den wir auf Seite 2 dokumentieren.

Viele weitere Hintergrundberichte finden Sie auf den folgenden Seiten. Veranstaltungen gibt es in diesem Monat weniger als sonst. Vielleicht finden Sie aber in den nächsten Wochen Zeit, die Ausstellung „Kölle Alaaf unterm Hakenkreuz. Karneval zwischen Unterhaltung und Propaganda“ zu besuchen, die noch bis zum 4. März im NS-DOK zu sehen ist.

Ich bedanke mich bei allen, die das NS-Dokumentationszentrum und die ibs in diesem Jahr unterstützt haben. Ich hoffe, dass Sie einige erholsamen freien Tage haben und wünsche Ihnen jetzt schon alles Gute für das nächste Jahr.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

Extreme Rechte und Rassismus langfristig zum Thema machen, Engagierte unterstützen!

„Mobile Beratung in NRW“: Was jetzt zu tun ist.

Die Taten der Neonazis Uwe Mundlos, Uwe Bönhardt, der mutmaßlichen Mittäterin Beate Zschäpe sowie eines noch zu ermittelnden Netzwerks haben auch in NRW Betroffenheit und Verunsicherung hervorgerufen. Nicht allein durch den Mord an Mehmet Kubasik im April 2006 in Dortmund sowie den Nagelbomben-Anschlag in der Keupstraße in Köln im Juni 2004 wird immer offensichtlicher: Rechte Gewalt ist kein „ostdeutsches“ Problem. Sie stellt auch hier im Land einen Angriff auf die demokratische Gesellschaft dar. Vor allem aber bedeutet sie eine reale Bedrohung für all jene, die von der extremen Rechten zu Feinden und Gegnern erklärt werden.



In Neuss wurde im März 2011 ein Obdachloser von einem Neonazi und seinem Bekannten zu Tode geprügelt. In Aachen wurden im Februar 2011 zwei junge Neonazis wegen Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens, Volksverhetzung und Sachbeschädigung verurteilt. In Wuppertal überfielen im November 2010 rund 20 verummte Neonazis die Kinopremiere des Films „Das braune Chamäleon“, in den letzten Monaten häuften sich die Übergriffe auf nicht-rechte Jugendliche in der Region. Immer wieder „besuchen“ Mitglieder der rechten Szene landesweit Veranstaltungen von Kirchengemeinden, Gewerkschaften und anderen Gruppen, die sich kritisch mit Rassismus und Rechtsextremismus auseinandersetzen, um dort in die Diskussionen einzugreifen und letztendlich deren TeilnehmerInnen einzuschüchtern. Die gewaltbereite Szene im Großraum Dortmund ist mittlerweile durch zahlreiche Übergriffe auf MigrantInnen und politisch Andersdenkende bundesweit bekannt geworden. Im November 2011 wurde ein Türkischstämmiger durch einen Dortmunder Neonazi schwer verletzt, der zuvor wegen Totschlags an einem Punker im Gefängnis gesessen hatte und vorzeitig aus der Haft entlassen worden war.

Doch neben diesen – hier nur stellvertretend für viele weitere genannte – Aufsehen erregenden Fällen ist die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten zwischen Rhein und Weser eine ständige und langfristige Herausforderung. In vielen Gegenden sind „freie Kameradschaften“ oder Gruppen „Autonomer Nationalisten“ aktiv, die mit ihrer völkisch-rassistischen Propaganda in modernem Look versuchen, im Alltag an Einfluss zu gewinnen und Angst zu erzeugen. An jedem zweiten Tag wird in Nordrhein-Westfalen eine rechts motivierte Gewalttat registriert – das Dunkelfeld ist vermutlich viel größer. Von bundesweit 41 rechts motivierten Schändungen jüdischer Friedhöfe im Jahr 2010 ereigneten sich 11 in NRW.

In einigen Stadträten und Kreistagen sitzen Parteien wie die NPD oder die „Bürgerbewegung pro NRW“, die mit islamfeindlichen und populistischen Programmen versuchen, Debatten um Integration und Zusammenleben zu instrumentalisieren. Ihr Ziel besteht darin, Ängste und Vorurteile von BürgerInnen weiter zu schüren und auf diese Weise eine politische Stimmung zu schaffen, die von Ausgrenzungen und Ungleichwertigkeitsvorstellungen geprägt ist. Nicht zuletzt durch die schrille „Sarrazin-Debatte“ ist auch das gesamtgesellschaftliche Klima rauer geworden – MigrantInnen, die sowieso alltäglichen Diskriminierungserfahrungen ausgesetzt sind, berichten seither vermehrt von dem Gefühl, nicht dazuzugehören.

Gegenwärtig stehen vor allem Fragen nach dem Versagen der Ermittlungsbehörden und die Debatte um ein mögliches Verbot der NPD im Mittelpunkt. Aus unserer Sicht bleiben damit aber wichtige Punkte unberücksichtigt:

Die Opfer der Morde und Anschläge rücken nur langsam in den Fokus der Öffentlichkeit. Ihnen wie auch anderen von rechter Gewalt Betroffenen muss nun die Solidarität und Aufmerksamkeit von Gesellschaft, Politik und staatlichen Stellen gelten. Alltäglicher und oftmals nicht hinterfragter Rassismus, wie er nicht zuletzt in dem vielfach gebrauchten Begriff „Dönermorde“ zum Ausdruck kam, muss thematisiert werden.

Zudem muss das Engagement derer, die sich in den Städten und Gemeinden des Landes in der ersten Reihe für Demokratie einsetzen, gewürdigt und unterstützt werden. Dazu gehört auch, Proteste gegen extrem rechte Aktivitäten nicht zu kriminalisieren. Vielmehr sind nicht-rechte Jugendliche, BürgerInnenbündnisse, Netzwerke und Initiativen in

ihrem Engagement ernst zu nehmen. Die fünf „Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus in NRW“ stehen seit 2008 Aktiven vor Ort zur Seite, die sich im Alltag für Demokratie und gegen Rechtsextremismus einsetzen. Wir beraten Schulen, Kommunen, Initiativen, Vereine/Verbände, Unternehmen u.v.m., bieten Hilfe zur Selbsthilfe, dokumentieren Aktivitäten der rechten Szene und vernetzen uns und andere in den Regionen NRWs. Dabei arbeiten wir mit der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus in der Landeszentrale für politische Bildung, aber auch vielen Partnerinnen und Partnern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft eng zusammen.

Unsere Arbeit ist jedoch abhängig von Fördergeldern des Bundes, die nur eine **unzureichende Ausstattung** gewährleisten und **keine langfristige Perspektive** bieten (die aktuelle Förderphase endet 2013). Das Land NRW fördert seit Jahren unterschiedliche Projekte im Bereich der Rechtsextremismusprävention – was uneinge-

schränkt zu begrüßen ist. Zudem wurden in diesem Jahr erstmals Gelder für den Aufbau von dringend benötigten Beratungseinrichtungen (je eine im Rheinland und in Westfalen) für Opfer rechter und rassistischer Gewalt bereitgestellt. Gleichwohl gibt es im Gegensatz zu anderen Bundesländern in Nordrhein-Westfalen bisher kein eigenes **Landesprogramm gegen Rechtsextremismus** und für Demokratie, das bestehende Angebote im Sinne einer umfassenden Strategie vernetzt und fördert. Die Einrichtung eines solchen Landesprogramms würde die gute Arbeit im Land langfristig sicherstellen sowie gewährleisten, dass die Beschäftigung mit Rassismus, Antisemitismus und der extremen Rechten nicht nur als Reflex auf spektakuläre Gewalttaten, sondern als Antwort auf ein gesellschaftliches und langfristiges Problemfeld gesehen wird.

Die Träger Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW, Dezember 2012

Weitere Informationen unter: www.mbr-koeln.de

Schweigen, um das Schweigen über Rassismus zu brechen

Samstag, 26.11.2011: Gegen 13 Uhr stellen sich etwa 150 Menschen auf den Domtreppen auf – und schweigen. In den Händen halten sie die Namen jener Menschen, die Opfer des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) oder anderer Nazis wurden. Mitgebrachte rote Rosen sollen an die Opfer erinnern, weiße Rosen stehen angelehnt an die Widerstandsbewegung um die Geschwister Scholl während des Nationalsozialismus für Frieden. Für einen Moment scheint es, als seien alle Menschen auf dem Bahnhofsvorplatz angesichts des „Silentmobs“ verstummt und sinnierten über die Verbrechen.

Dabei wollten die OrganisatorInnen nicht nur „der Opfer des rechten Terrors gedenken“, sondern auch der „schweigenden Mehrheit endlich ihre Augen öffne[n]“ und erreichen, dass diese „in den Spiegel sieht“. Es gehe auch darum, eine Diskussion über alltäglichen Rassismus anzustoßen. Schon die Bezeichnung „Dönermorde“ zeige, wie lebendig „ein alltäglicher Rassismus in den Köpfen der gesamten Gesellschaft“ sei. „Wir schweigen, damit Du Dein Schweigen brichst!“, lautet der Appell für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben.



Nicht nur in Köln gedenken in diesem Moment zahlreiche Menschen der Toten. Ähnliche Aktionen finden auch in 15 anderen Städten statt. Organisiert hatte den bundesweiten Protest die Initiative „Schweigen gegen das Schweigen“.

Vor sieben Jahren verübten zwei Männer einen Anschlag in der Mülheimer Keupstraße. Platziert auf einem Fahrrad explodierte eine mit Nägeln gespickte Bombe vor dem Friseursalon von Özcan Yildirim. 22 Menschen wurden hierbei verletzt, davon vier schwer. Nicht zufällig wurde die Bombe in einer Straße platziert, die bei vielen BürgerInnen besser als „Klein-Istanbul“ bekannt ist und vor allem mit Kriminalität assoziiert wird. Der Wiederaufbau des Salons kostete Yildirim 40.000 Euro.

Ob es tatsächlich gelingt, eine breite gesellschaftliche Debatte über Alltagsrassismen anzustoßen, bleibt abzuwarten. Aktionen wie „Schweigen gegen das Schweigen“ können dazu beitragen. Bestärkt von der großen Resonanz vor Ort wollen die OrganisatorInnen der Initiative jedenfalls weitermachen in ihrem Kampf gegen Rassismus und Gewalt. (jmg)

Resolution des Rates der Stadt Köln „gegen Rechtsterrorismus in Köln“

Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der Ratssitzung vom 24.11.2011

Antrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Aktuelle Hintergründe und Konsequenzen der rechtsextremen Anschläge in Köln“

und

Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „gegen Rechtsterrorismus in Köln“:

„Seit der Aufdeckung der sog. „Zwickauer Terrorzelle“ aus Thüringen wird die politische Diskussion von einem erschreckenden Thema überlagert: **Rechtsterrorismus in Deutschland!**

Fast täglich erreichen uns neue erschreckende Nachrichten über rechtsextreme Gewalt und Terror, der nach ersten Erkenntnissen auch in Köln-Mülheim durch die Zündung einer Nagelbombe 2004 auf der Keupstraße zu furchtbaren Opfern geführt hat.

Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt sind nunmehr aufgefordert, schnell für eine lückenlose Aufklärung der Fälle zu sorgen und die Öffentlichkeit zu informieren.

Aufgabe der Politik ist es, den Ursachen und dem Gedankengut, das sich hinter den schrecklichen

Verbrechen verbirgt, und jeglichem Terrorismus entgegen zu treten.

Auch in Köln sind die geistigen Brandstifter aktiv. Für unsere Stadt gilt es daher, diesen ideologischen Verführern durch Aufklärung den Boden zu entziehen, wie dies z.B. durch das NS-Dokumentationszentrum und die Info- und Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus geleistet wird.

Es ist notwendig, durch die offensive Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien das Bewusstsein für Menschenrechte, Demokratie, kulturelle Vielfalt und Gewaltfreiheit zu stärken.

Einen Schwerpunkt sollen dabei Angebote für Schüler und Jugendliche, sowie zur Stärkung der gesellschaftlichen Integration bilden. Weiterhin sind auch Angebote für Ausstiegswillige aus der rechtsextremen Szene wichtig.

Der Deutsche Bundestag hat am 22.11.2011 einstimmig erklärt: „Wir brauchen eine gesellschaftliche Atmosphäre, die ermutigt, gegen politischen Extremismus und Gewalt das Wort zu erheben. Rechtsextremistischen Gruppen und ihrem Umfeld muss der gesellschaftliche und finanzielle Boden entzogen werden.“ Dem schließen wir uns ausdrücklich an.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt eingerichtet

Aus dem Newsletter der Landtagsabgeordneten Verena Schäfer: „Die Einrichtung der Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt in Nordrhein-Westfalen schreitet voran. Wie bereits berichtet, wurden 300.000 Euro in den Landshaushalt 2011 für zwei spezialisierte Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt eingestellt. Nach den Sommerferien hat es dann eine Änderung der Zuständigkeit gegeben: Nicht das Innenministerium wird die Einrichtung der Beratungsstellen begleiten, sondern die Landeszentrale für politische Bildung, die im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport (MFKJKS) von Ministerin Ute Schäfer MdL angesiedelt ist.

Die beiden Beratungsstellen sollen zum einen in Westfalen und zum anderen im Rheinland eingerichtet werden und jeweils den gesamten Raum durch aufsuchende Arbeit abdecken. Für das Rheinland hat das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen (IDA NRW) erfolgreich einen Förderantrag für die Erstellung einer Bedarfsanalyse gestellt, auf Grundlage dessen in Kooperation mit



dem Gleichbehandlungsbüro Aachen eine Beratungsstelle eingerichtet werden kann.

Im westfälischen Raum hat PariSozial – Gemeinnützige Gesellschaft für paritätische Sozialdienste gGmbH als Träger ebenfalls Fördermittel für eine Analyse bewilligt bekommen und aufgrund des akuten Handlungsbedarfs bereits mit der Beratungsarbeit in Dortmund begonnen.

Informationen zu IDA NRW unter:
www.ida-nrw.de

Die Website der Beratungsstelle in Dortmund unter
www.backup-nrw.org

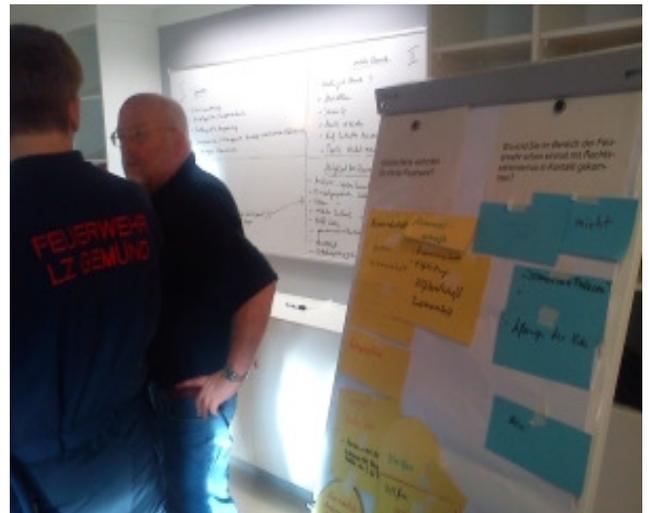
„Schwelbrand Rechtsextremismus“ – Seminar mit der Jugendfeuerwehr

Sind Rechtsextremismus und Rassismus gesellschaftliche Probleme, die auch die Feuerwehr betreffen? Diese Frage stand am Samstag, den 5. November, im Mittelpunkt eines Seminars der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus mit der Kreisjugendfeuerwehr Euskirchen. 20 Jugendfeuerwehrwarte diskutierten leidenschaftlich über die Rolle der Feuerwehr und Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus.

Für alle Beteiligten war klar: Für die Jugendfeuerwehr als besonders in ländlichen Regionen wichtiger Träger der Jugendhilfe gehört die aktive Auseinandersetzung mit Demokratie zu den Aufgaben ihrer Jugendarbeit. Jugendliche sollen in der Feuerwehr gesellschaftliche Mitbestimmung und soziales Engagement lernen. Diskriminierende Verhaltensweisen stehen den Grundsätzen der Feuerwehr deshalb entgegen. Schließlich ist es die Aufgabe der Feuerwehr, allen Menschen in Notlagen zu helfen – ohne Ansicht der Person.

Doch was ist zu tun, wenn die Feuerwehr auch für neonazistisch orientierte Jugendliche attraktiv ist? Fälle aus Hessen und NRW zeigen die Gefahren, die einer „Unterwanderung“ der Feuerwehren durch Mitglieder von extrem rechten Parteien und Kameradschaften drohen. Um mögliche Problemlagen erkennen zu können, ist erst einmal Fachwissen

erforderlich. Das Team der Mobilien Beratung vermittelte das notwendige Wissen über Ideologie, Organisations- und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Gesondert wurde sich mit „Marken, Symbole und Codes“ der extrem rechten Szenen und Jugendkulturen beschäftigt. Zugleich wurde aber auch darüber diskutiert, wie auf diskriminierende Sprüche und Alltagsrassismus reagiert werden kann.



Rechtsextremismus am Beispiel Fußball: Workshop mit aktiven Spielern

Inwieweit findet Rechtsextremismus im Fußball statt? Mit diesem Thema beschäftigte sich ein Workshop, der am 12.11.2011 im Sport Seminar Center in Radevormwald stattfand. Der Fußballverein SC Radevormwald 08 hatte die Mitarbeiter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus eingeladen. Am Workshop nahmen aktive Jugendspieler und Trainer teil.

Mithilfe verschiedener interaktiver Methoden und theoretischen Inputs sollten den Teilnehmenden die Themen Rechtsextremismus und Rassismus, besonders in Bezug auf den Fußball, nähergebracht werden. Bei einem Quiz konnten die Teilnehmenden hier ihr Wissen testen, zugleich aber auch neue Denkanstöße und Informationen bekommen. So wurden beispielsweise die Verknüpfung von Migration und Fußball, die kosmopolitischen Ursprünge der Fußballpioniere und die wechselhafte Geschichte des Sports thematisiert. Ebenso wurde deutlich, dass Fußball kei-

ne reine „Männerdomäne“ sein sollte, obwohl sexistische Diskriminierungen weit verbreitet sind.

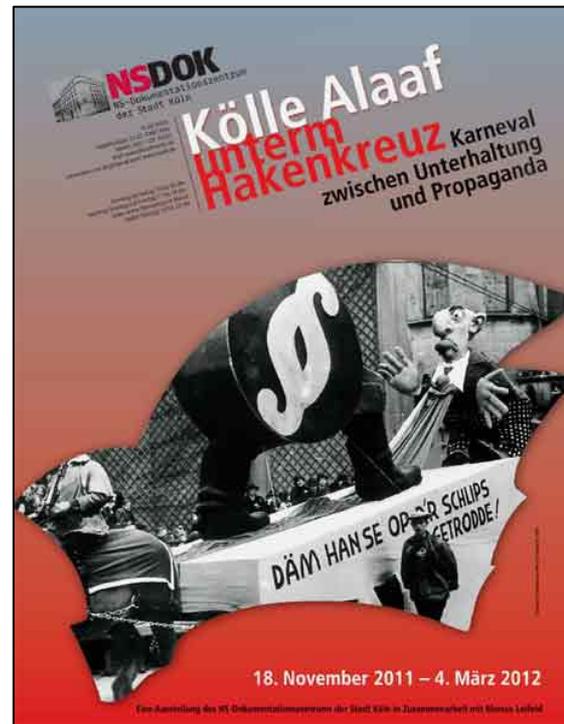
Durch ein Rollenspiel zur aktuellen Nationalmannschaft wurden Konsequenzen und Auswirkungen des Rassismus verdeutlicht. Würde die völkische Vorstellung nazistischer Gruppen wie der NPD in die Wirklichkeit umgesetzt werden, würden Spieler mit Migrationshintergrund ausgeschlossen werden.

Als es um Rechtsextremismus in der Umgebung ging, wurde deutlich, dass einige Teilnehmer bereits über Vorwissen verfügten sowie über Gewalttaten und Propagandadelikte von neonazistischen Gruppen in Radevormwald informiert waren. Zum Abschluss wurde im Rahmen eines Planspiels über möglichen Gegenstrategien diskutiert. Insgesamt ein gelungener Workshop, der allen beteiligten Personen viel Spaß machte und auf großes Interesse stieß.

Führung durch die Sonderausstellung für Mitglieder des Vereins EL-DE-Haus Montag, 19. Dezember 2011, 17.30 Uhr, EL-DE-Haus

Exklusiv für die Mitglieder des Vereins EL-DE-Haus e.V. bieten Dr. Jürgen Müller und Marcus Leifeld eine Führung durch die aktuelle Sonderausstellung an. Die beiden Kuratoren der Ausstellung geben den Vereinsmitgliedern nicht nur einen Überblick über das Thema, sondern auch einen Einblick hinter die Kulissen der Aufarbeitung dieses mit der Kölner Geschichte eng verbundenen Festes. Die landläufig verbreitete Meinung, der Kölner Karneval sei nie gleichgeschaltet worden, wird eindrucksvoll widerlegt. Der Besucher erfährt den schönen Schein einer fröhlich feiernden Bevölkerung im Kölner Karneval von 1933 bis 1945 und er schaut sprichwörtlich hinter die Kulissen, um die Wirklichkeit hinter diesem schönen Schein zu entdecken. Ganz so wie im Karneval selbst, werden dabei alle Sinne angesprochen. Dem Besucher werden eindrucksvolle Tonaufnahmen und seltene Filmsequenzen, zahlreiche Fotografien aus Privatarchiven und einzigartige Ausstellungsobjekte präsentiert.

Ort: EL-DE-Haus



Jüdische Karnevalisten zwischen Integration und Ausgrenzung Vortrag von Marcus Leifeld, Donnerstag, 12. Januar 2012, 19 Uhr, EL-DE-Haus

Für nicht wenige Kölner Juden bedeutete das Karnevalsfest neben der ausgelassenen Unterhaltung Gefühle von Heimat und Gemeinschaft mit jüdischen und christlichen Freunden. Von Beginn des bürgerlichen Karnevals 1823 an waren Kölner jüdischen Glaubens im Karneval aktiv, sei es als „Prinzessin Venetia“ im Rosenmontagszug, als das Fest prägende Bühnenkünstler oder aber mit einem eigenen Karnevalsverein in den 1920er Jahren.

Neben den verschiedenen Formen der Integration gab es seit 1923 erste Ausgrenzungen von Juden aus den Vereinen und erste antisemitische Lieder. Aus diesem vereinzelt Antisemitismus entwickelte sich nach



der Machtübernahme der Nationalsozialisten eine immer aggressivere Verhöhnung von Juden in Liedern, Büttenreden und Motivwagen. Trotz dieser Erfahrungen pflegten viele der zur Emigration gezwungenen jüdischen Karnevalisten auch in ihrer neuen Heimat das rheinische Karnevalsfest.

In der Veranstaltung werden von der A-capella-Gruppe „Stimmkombinat“ Büttenreden vorgelesen und Lieder gesungen.

Ort: EL-DE-Haus
Eintritt: 4,20 Euro, erm. 1,80 Euro
(freier Eintritt für Mitglieder des Vereins EL-DE-Haus)

„Kölle Alaaf unterm Hakenkreuz“

Führung durch die Sonderausstellung Marcus Leifeld, Sonntag, 15. Januar 2012, 14 Uhr, EL-DE-Haus



Seit dem 19. Jahrhundert hatte der Kölner Karneval für die Stadt Köln und seine Bewohner eine besondere Bedeutung als Aushängeschild, Wirtschafts- und Tourismusfaktor. Auch die nationalsozialistischen Machthaber in Köln waren sich über diese Rolle des Festes im Klaren. Sie suchten, den Rosenmontagszug, die Saalveranstaltungen und auch die Karnevals-

gesellschaften für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Dabei standen sich das Bedürfnis nach totaler Kontrolle im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie und das Verlangen der Menschen nach zwangloser und unpolitischer Unterhaltung gegenüber. Die von diesem Gegensatz geprägten Entwicklungen des Karnevals zwischen 1933 und 1945 werden in der Ausstellung nicht zuletzt anhand vieler Filmdokumente, Lieder, Büttreden und Bilder der Motivwagen aufgezeigt.

Ort: EL-DE-Haus

Eintritt: 4,20 Euro, erm. 1,80 Euro

(freier Eintritt für Mitglieder des Vereins EL-DE-Haus)

Geänderte Öffnungszeiten im NS-Dokumentationszentrum Jetzt zwei Stunden länger geöffnet

Dienstag bis Freitag 10 bis 18 Uhr

Samstag, Sonntag, Feiertag 11 bis 18 Uhr

Jeden 1. Donnerstag im Monat (außer Feiertag) bis 22 Uhr

Tanya Uri: Live-Performance im Hochbunker Ehrenfeld

Samstag, 10. Dezember 2011, 19 Uhr, Hochbunker Ehrenfeld, Körnerstraße, Köln

Lautspalter, frei improvisierte Musik-Performance für den Erhalt des Hochbunkers Ehrenfeld als Kunstort, kuratiert von Siglinde Kallnbach:

Lautspalter, frei improvisierte Musik mit improvisierten Gedichten von Tanya Ury: mit Sebastian Schaffmeister (Kontrabass), Willi Strack (Percussion) Takashi Mitsui (Keyboard), Peter Alexius Woringer (Gitarre)

Tanya Ury, geboren in London als Tochter jüdischer Emigranten, ist Video-, Performance- und Foto-Künstlerin, Kuratorin, Autorin und Poetin. Ihre Kunst wird hoch gelobt und zutiefst verabscheut. Für eine Video-Performance ließ sie sich die Nummer 4711 auf den rechten Oberschenkel tätowieren – ihre provokanteste Auseinandersetzung mit der Ermordung von Kölner Familienangehörigen im Holocaust. Die Dokumente ihrer Familie landeten 2009 unter den Trümmern des Kölner Stadtarchivs. Seit 1993 lebt und arbeitet Tanya Ury in Köln, wo sie auch ihren Film „Fury“ drehte – inspiriert von den antiken Rachegöttinnen und dem Einsturz des Stadtarchivs.



Weitere Informationen: www.tanyaury.com

www.kindertransporte-nrw.eu **Neue Website des Lern- und Gedenkorts Jawne im Verein EL-DE-Haus**

Mehr als 10.000 Kinder und Jugendliche konnten nach dem Novemberpogrom 1938 mithilfe des sogenannten Kindertransports aus dem deutschen Herrschaftsbereich nach Großbritannien gerettet werden, bis der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 die Fortsetzung dieser Rettungsaktion unmöglich machte. In der Mehrzahl waren es jüdische Kinder, unter ihnen befanden sich aber auch katholische, evangelische und konfessionslose Kinder jüdischer Herkunft. Neben der Jugend-Aliyah nach Palästina war der Kindertransport das bedeutendste Werk zur Rettung von Kindern und Jugendlichen vor der nationalsozialistischen Verfolgung.

Das im Jahr 2010 begonnene Projekt „Kindertransporte aus Nordrhein-Westfalen“ des Lern- und Gedenkorts Jawne hat sich vorgenommen, die bisher nur unzureichend erforschte Geschichte der Kindertransporte aus dem Rheinland und Westfalen aufzuarbeiten. Dafür gab es mehrere Gründe und einen Anlass: So ist die Geschichte des Kindertransports zum einen eng mit der Geschichte des Kölner Reform-Realgymnasiums Jawne verbunden. Im organisatorischen Rahmen des Kindertransports gelang es dem Direktor der Jawne, Dr. Erich Klibansky, zwischen Januar und Juli 1939 etwa 130 Schülerinnen und Schüler nach England zu bringen. Unter den Geretteten waren Kinder und Jugendliche aus der gesamten Region, da die Jawne die einzige weiterführende jüdische Schule zwischen Rhein und Ruhr war.

Zwar haben viele nordrhein-westfälische Gedenkstätten, Stadtarchive, Schulklassen und engagierte Forscherinnen und Forscher Dokumente, Interviews und autobiografische Berichte von Menschen gesammelt, die mit einem Kindertransport gerettet wurden. Doch fehlte es bisher an einer Zusammenschau der Forschungsergebnisse und an einer Plattform für die pädagogische Arbeit.

Und nun der Anlass: Den entscheidenden Anstoß zu dem Projekt gab Lore Robinson, eine frühere Jawne-Schülerin Jg. 1924, die im Sommer 2009 aus London nach Köln in die kleine Gedenkstätte am Erich-Klibansky-Platz kam – nonstop am Steuer ihres betagten Kleinwagens, wie wir voller Bewunderung feststellten. In der im „Lern- und Gedenkort Jawne“ gezeigten Dauerausstellung fand sie ein Foto von sich als Schülerin kurz vor der Abreise nach England im Juni 1939, und sie fand Fotos von „Feo“ – Feodore Joseph, Mitte der 1930er Jahre, die jüngste Lehrerin im Jawne-Kollegium. Feodore Kahn, geb. Joseph, so erklärte uns ihre frühere Schülerin, bereitete sich gerade auf ihren hundert-

ten Geburtstag vor, wir mussten unbedingt nach London kommen, um sie zu besuchen.

Aus dem Reiseplan wurde schrittweise ein Forschungs- und Ausstellungsprojekt, dessen erster Teil 2010 dank der großzügigen Unterstützung durch die Landeszentrale für politische Bildung NRW in Angriff genommen wurde. Viermal konnte das Projektteam in diesem Jahr nach England fahren, um Menschen zu besuchen.



Lore Robinson zeigt Cordula Lissner ihr Fotoalbum, London 2010 - © Leon Wilmanns

Die Website, die nun als erstes Ergebnis der Öffentlichkeit präsentiert werden kann, soll es Schulklassen und Jugendgruppen sowie allen interessierten Menschen im In- und Ausland ermöglichen, mit den Projektergebnissen zu arbeiten.

Vorgestellt werden anhand von Interviewauszügen, Fotos und Dokumenten die Lebensgeschichten von vier Frauen und neun Männern, die als Kinder und Jugendliche (bzw. im Fall von Feo Kahn als junge Lehrerin) 1938/39 aus dem heutigen Nordrhein-Westfalen nach Großbritannien emigrieren konnten und die heute in England leben. Entsprechend den Wünschen unserer GesprächspartnerInnen wurden die Interviews auf Deutsch oder Englisch, zumeist aber in beiden Sprachen, geführt. Weitere Kapitel erläutern den Kontext, so die allgemeine Geschichte der Kindertransporte und die Geschichte der Transporte aus Städten und Kreisen, die heute zu Nordrhein-Westfalen gehören. (Eine englische Übersetzung der Website ist geplant). 2013 ist der 75. Jahrestag des Beginns der „Kindertransporte“ – aus diesem Anlass ist eine Ausstellung an mehreren Orten geplant, die für die Kindertransporte aus rheinischen und westfälischen Städten von Bedeutung gewesen sind.

Dr. Ursula Reuter / Dr. Cordula Lissner

Quelle: EL-DE-Info 32/Nov-Dez 2011

Bilz-Preis 2011 geht an „Schüler gegen rechts“

Aus der Pressemitteilung der Bilz-Stiftung vom 11.10.11: „Die 1998 in Köln gegründete Bilz-Stiftung zeichnet jährlich eine gemeinnützige Initiative aus, die sich entweder der Völkerverständigung widmet, sich für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte einsetzt oder sich gegen die Diskriminierung von Minderheiten wehrt.

Der Vorstand der Bilz-Stiftung hat beschlossen, im Jahre 2011 den Bilz-Preis in Höhe von 5.000 Euro an die Initiative „Schüler gegen Rechts“ Köln zu verleihen. Gerade nach den grausamen Anschlägen in Norwegen gilt es, die Bemühungen junger Menschen zu unterstützen, die sich gegen Rechts-extremismus positionieren. Durch ihre Arbeit will „Schüler gegen Rechts“ deutliche Signale setzen gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.

Durch ihre Aktionen wollen sie einerseits Schülerinnen und Schüler für diese Themen sensibilisieren und andererseits die Kölner Öffentlichkeit auf latent vorhandene Fremdenfeindlichkeit und rassistische Tendenzen aufmerksam machen.

Die Initiative leistet damit einen hervorragenden Beitrag für das friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen. Der Preis dient als Anerkennung für diese Leistung und als Ansporn und Unterstützung für ihre zukünftige Arbeit.“



Auszeichnung für das KulturForum TürkeiDeutschland

Das KulturForum TürkeiDeutschland wurde am 25. November 2011 in Berlin als Preisträger für den diesjährigen Kulturpreis der Kulturpolitischen Gesellschaft ausgewählt. In der Pressemitteilung der Kulturpolitischen Gesellschaft heißt es:

„Der Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft zeichnet damit die beispielhafte Arbeit einer Einrichtung aus, die sich seit nahezu 20 Jahren unter dem Ehrenvorsitz von Günter Grass und Yasar Kemal um die interkulturelle Verständigung zwischen Deutschen und Türken in Deutschland verdient gemacht hat. Beharrliches Engagement, hochwertige Projekte und ein Dialog auf Augenhöhe waren dabei die Garanten des Erfolgs und der nachhaltigen Wirkung.

Das KulturForum solidarisiert sich mit den Opfern der von Neonazi-Terroristen verübten Morde und Gewalttaten. Im Zuge der aktuell entflammten, notwendigen Debatte um neonazistische Tenden-

zen dürfe jedoch ein weiteres Phänomen nicht unterschätzt oder gar tabuisiert werden, so Osman Okkan: ‚Als eine Folge der sträflich vernachlässigten und verfehlten Bildungs- und Integrationspolitik macht sich eine zunehmende Deutschenfeindlichkeit unter nicht-deutschen Jugendlichen bemerkbar: Diese beiden Phänomene müssten Politiker aller Parteien wachrütteln und sie veranlassen, ihren bisherigen Standpunkt zu überdenken.‘

Der Vorstand des KulturForums nimmt die Auszeichnung im Namen aller Projektmitarbeiter und zahlreicher ehrenamtlichen Unterstützer mit Freude und Dankbarkeit entgegen.“

KulturForum TürkeiDeutschland e.V.
Freundschaftsinitiative GriechenlandTürkei
Niederichstr. 23
50668 Köln
info@das-kulturforum.de
www.das-kulturforum.de

Landeskoordination von SchLAU NRW hauptamtlich besetzt

Die Schwul Lesbische Aufklärung NRW (SchLAU NRW) teilt mit: „Erstmals seit dem 10-jährigen Bestehen der schwul-lesbischen Aufklärungsarbeit von SchLAU kann die Koordination der 15 regionalen überwiegend ehrenamtlichen Aufklärungsteams hauptamtlich geleistet werden. Seit dem 15. August hat Benjamin Kinkel die beim Schwulen Netzwerk NRW angesiedelte Stelle der Landeskoordination inne. Gefördert wird die Stelle vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter.

Benjamin Kinkel studierte Politikwissenschaft in Münster. Bei SchLAU engagiert er sich seit Januar 2009 und seit April 2009 ist er auch als Sprecher auf Landesebene tätig. Wir freuen uns über die Stärkung, die die schwul-lesbische Schulaufklärungsarbeit als wichtigster Projektpartner von „Schule ohne Homophobie“ dadurch erfährt.“

Weitere Informationen:
www.schlau-nrw.de/

Bericht „Schule ohne Homophobie – Schule der Vielfalt“

Die Initiative „Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie“ hat einen Bericht über die Umsetzung des Projektes von 2008 bis 2010 in gedruckter Form veröffentlicht. Dieser gibt Informationen zu den Hintergründen und der Entstehung, den Erfolgen und den Hindernissen bei der Durchführung des Projektes.



Zu beziehen ist der Bericht online unter:
www.vielfalt-statt-gewalt.de/fileadmin/vielfalt-statt-gewalt/pdf/Jahresbericht2008-2010_SOH.pdf
oder zu bestellen über:
kontakt@vielfalt-statt-gewalt.de

Weitere Informationen unter:
www.schule-der-vielfalt.de

Dokumentation zur „Woche der Brüderlichkeit“ mit Navid Kermani erschienen

Die Broschüre kann für 3 Euro zzgl. Versandkosten bestellt werden bei:
Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit
Richartzstr. 2-4
50667 Köln
Tel.: 0221/617284
Fax: 0221/617286
e-mail: chrjuedzus@aol.com
www.koelnische-gesellschaft.de



Bericht des Expertenkreises Antisemitismus

Das Bundesinnenministerium teilt mit: „Mit Beschluss des Deutschen Bundestages vom 4. November 2008 zu den Anträgen Drucksache 16/10775 (neu) und 16/10776 wurde die Bundesregierung gebeten, Antisemitismus verstärkt weiter zu bekämpfen und jüdisches Leben in Deutschland zu fördern. Das Parlament forderte in o.g. Beschluss auch die Einrichtung eines Expertenkreises, der sich im September 2009 konstituiert hat. Das Bundesministerium des Innern hat den Expertenkreis logistisch und finanziell unterstützt.“

Der Expertenkreis hat unabhängig und selbständig seine Arbeitsagenda festgelegt, die Themen bearbeitet und im Herbst 2011 seinen Bericht abgeschlossen und der Bundesregierung übermittelt. Die Koordination der Arbeit des unabhängigen Expertenkreises haben Herr Professor Peter Longe- rich, Holocaust Centre, Royal Holloway College, University of London, und Frau Dr. Juliane Wetzel, Historikerin und Kunsthistorikerin, Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin, übernommen.

Am 2. November 2011 hat das Bundeskabinett den Bericht des unabhängigen Expertenkreises zur Kenntnis genommen. Nach Kabinetttbefassung wurde der Bericht durch den Bundesminister des Innern dem Deutschen Bundestag und Bundesrat zugeleitet.“



Foto: ibs

Weitere Informationen im Internet unter:
http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/PolitikGesellschaft/PolitBildGesellZusammen/Expertenkreis/expertenkreis_node.html

BRAUNZONE

Ausstellung zu Ideologien und Strukturen der extremen Rechten an Beispielen aus NRW



Der Jugendclub Courage Köln e.V. macht auf sein neues Ausstellungsangebot zum Thema Rechtsextremismus aufmerksam:

„Kernelemente und Ideologien, wie z.B. Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus, die gewis-

sermaßen den „Klebstoff“ zwischen den einzelnen rechtsextremistischen Spektren bilden, werden kompakt und an möglichst aktuellen Beispielen erklärt.

Dargestellt werden Entwicklung und politische Strategien rechter Wahlparteien wie pro Köln und der NPD – ebenso ihre Unterschiede, aber auch ihre Verbindungen zur militanten Neonazi-Szene wie z.B. den sogenannten Freien Kameradschaften und Autonomen Nationalisten. In einem separaten Teil angesprochen wird jedoch auch, dass Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit nicht erst bei den genannten Parteien oder Organisationen beginnt, sondern Nationalismus, Rassismus oder auch Homophobie nicht selten auf den Veröffentlichungen mehr oder weniger populärer Bands oder im Fußballstadion zu finden sind.

Im abschließenden Teil der Ausstellung wird an aktuellen Beispielen ausdrücklich darauf hingewiesen, dass rassistische Einstellungen und Übergriffe vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge gedeihen und stattfinden, welche bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen, in den vergangenen Jahren jedoch häufig stillschweigende Duldung und oft genug offene Zustimmung erfahren haben.

Dass die komplexe Thematik auf 26 Seiten keine Gesamtbesprechung erfahren kann und eine Ausstellung in derartig kompaktem Format unter Umständen mehr Fragen aufwirft, als Antworten liefert, ist uns bewusst.

Wir empfehlen ausdrücklich es nicht nur beim „Zeigen einer Wanderausstellung“ zu belassen, son-

dern dieses mit weiterführenden Informationsveranstaltungen, Diskussionsrunden, Filmen und Anderem zu begleiten. Auch dabei helfen wir gern!

Die Ausstellung umfasst 13 doppelseitige Stelltafeln (also 26 Seiten) im Format DIN A1, inklusive einem transportablem Ausstellungssystem. Beim Transport, sowie beim Auf- und Abbau, aber auch allen anderen Fragen zur Ausstellungs- und Veranstaltungsorganisation sind wir gerne behilflich.

Ab sofort kann die Wanderausstellung von Schulen und Berufsschulen, Jugendorganisationen und Jugendeinrichtungen, Vereinen, Tagungshäusern, gewerkschaftlichen Organisationen und anderen Interessierten bei uns ausgeliehen werden.“

Ausleihbedingungen, eventuelle Kosten etc.

Jugendclub Courage Köln e.V.
 Sechzigstrasse 73
 50733 Köln
 Tel.: 0221 - 52 09 36
 Fax: 0221 - 52 57 57
 E-Mail: jc-courage@netcologne.de
 www. jc-courage.de



Fragwürdige Ermittlungsarbeit der Wuppertaler Polizei Medienprojekt Wuppertal zum Reizgasangriff durch Neonazis im Wuppertaler Cinemaxx

Das Medienprojekt Wuppertal hat einen offenen Brief an die Wuppertaler Polizeipräsidentin veröffentlicht, den wir in Auszügen dokumentieren. Hintergrund: Bei besagtem Angriff handelte es sich um eine Veranstaltung, bei der ein Vertreter der ibs als Referent eingeladen war.

„Sehr geehrte Frau Radermacher, vor einem Jahr stürzte eine Gruppe von ca. 20 verummten Neonazis im Wuppertaler Cinemaxx gewaltsam eine politische Bildungsveranstaltung des Medienprojektes Wuppertal zum Thema Rechtsextremismus. Sie versprühten im Foyer des Kinos Reizgas, skandierten rechtsextreme Parolen, stimmten das NS-Lied »Ein junges Volk steht auf« an, verwüsteten vor dem Kino eine Baustelle und warfen mit Absperrungsteilen und Steinen. Zwei Security-Mitarbeiter mussten daraufhin im Krankenhaus behandelt werden. Das Ganze passierte gegen 19.30 Uhr im größten Kinokomplex der Region, sodass es entsprechend zahlreiche Augenzeugen gab. Erfreulicherweise nahm die Polizei an dem Abend 12 zum Teil einschlägig bekannte Nazis in Gewahrsam, ein weiterer wurde von der Kino-Security der Polizei übergeben. Die Polizisten fanden bei den Nazis diverse, teils nicht genehmigte Waffen, Quarzhandschuhe und Maskierungsgegenstände. Nachweislich wurde per SMS zu der Aktion aufgerufen, überregional und organisiert, ausgehend von bekannten Neonazis der Vohwinkler Szene.

Im Frühjahr 2011 wurde durch die fehlerhafte Darstellung des Vorfalls im Verfassungsschutzbericht NRW, die auf dem Wuppertaler Polizeibericht fußt, deutlich, dass offensichtlich nachlässig ermittelt wurde. Außerdem wurde das Geschehnis als »versuchte« Störung verharmlost. Nach einer Beschwerde des Medienprojektes Wuppertal gegenüber dem Innenministerium wurde diese Verharmlosung bei den weiteren Auflagen des Berichtes gestrichen, die fehlerhafte Darstellung der Sache selbst findet sich leider nach wie vor im Bericht.

Daraufhin setzte das Medienprojekt Wuppertal in der Rolle als Nebenkläger eine Anwältin ein. Ihr wurde monatelang die Akteneinsicht verwehrt, obwohl die Ermittlungen der Polizei faktisch seit Monaten abgeschlossen waren. Im September 2011 stellte die Polizei die Ermittlungen offiziell ein. Erst nachdem das Verfahren auch durch die Wuppertaler Staatsanwaltschaft eingestellt wurde (Begründung: »Tumultgeschehen, keine nähere Aufklärung möglich«), bekam die Anwältin Akteneinsicht.

Dabei stellte sich heraus, dass es eine große Anzahl von Ermittlungsdefiziten bzw. Ermittlungsfehlern gab: Die Security-Mitarbeiter, die auch Geschädigte waren und einen Neonazi an die Polizei übergeben hatten, wurden nie schriftlich zu einer Anhörung geladen, kein Kinobesucher wurde vernommen. Zwei ermittelnde Beamte, die am Tatabend gegen 21 Uhr im Kino mit der Aufgabe der Zeugenvernehmung eintrafen, vermerkten in der Akte, dass kein Besucher oder Organisator der Veranstaltung mehr vor Ort sei. Zu diesem Zeitpunkt lief allerdings die Veranstaltung noch mindestens eine halbe Stunde, sodass man ohne Probleme Personalien von ca. 80 Zeugen hätte aufnehmen können – wenn man denn gewollt hätte. Warum die Beamten den falschen Aktenvermerk machten, ist schleierhaft.

Erst auf Drängen der Rechtsanwältin lenkte die Staatsanwaltschaft ein und gestand zu, dass die Polizei die Ermittlungen wieder aufnehmen werde, sofern die Anwältin Zeugen benennen werde. Es war nun am Medienprojekt Wuppertal und seiner Anwältin, das zu erledigen, was die Wuppertaler Polizei über Monate versäumt hat: Zeugen zu ermitteln. [...]

Die Zeugen, die sich jetzt gemeldet haben, zeigen allesamt die gesellschaftlich immer wieder eingeforderte Zivilcourage, da sie mit ihrem Namen und ihrem Gesicht gegen militante Nazis aussagen und nicht der Einschüchterung dieser Gruppierungen erliegen. Doch leider sehen sie sich nun mit einem anderen Phänomen konfrontiert: der Einschüchterung durch die Polizei, die offensichtlich nicht willens ist, ihre eigenen Fehler zu revidieren und die Ermittlungen zielgerichtet und konsequent durchzuführen. Noch ist in diesem Fall die Möglichkeit gegeben, noch laufen die Ermittlungen – wenn auch unnötig verzögert.

Dies ist ausdrücklich kein Statement gegen die Polizei an sich. Der Polizei kommt als innenpolitisches Gewaltmonopol in unserer Rechtsordnung in der Bekämpfung von Rechtsextremismus eine Schlüsselrolle zu. Aber die Polizei muss sich als demokratisches Organ auch selbstkritisch hinterfragen und aus Fehlern Konsequenzen ziehen, um ihrer verantwortungsvollen Aufgabe tatsächlich gerecht zu werden. [...]

*Mit freundlichen Grüßen
Medienprojekt Wuppertal
Norbert Weinrowsky, Konstantin Koewius, Daniel Che Hermann, Andreas von Hören“*

Weitere Informationen:

www.medienprojekt-wuppertal.de

Am rechten Rand

Neues von der extremen Rechten in Köln und Umland

Neonazis im Kampf um Köln

Mit den Freien Kräften Köln um Axel Reitz und Paul Breuer gibt es in Köln eine neonazistische Kameradschaft, die sich dem „Angriff“ aufs Rheinland verschrieben hat. Sie unterhält sowohl Kontakte zu Neonazis in NRW, als auch bundesweit und international. Ferner soll Reitz das Mördertrio des NSU gekannt haben. Nach zwei Saalveranstaltungen im Oktober und November dieses Jahres kündigen sie an, am 10. Dezember „gegen Polizeirepression und Medienhetze“ demonstrieren zu wollen. Die Polizei hatte im November die Teilnahme des ehemaligen Führungsmitglied des Ku-Klux-Klans David Duke an einer Veranstaltung der Kölner Neonazis unterbunden.

Axel Reitz Verbindungen zum NSU

Nach einem WDR-Bericht soll bereits 2009 Axel Reitz dem Mördertrio Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos persönlich Zutritt zur „Jahresabschlussversammlung der Freien Kräfte Köln“ in Erftstadt-Gymnich verschafft haben. Das berichtet ein Augenzeuge gegenüber dem Magazin Monitor. „Der Herr Reitz kannte die definitiv“, zitiert der WDR den Augenzeugen wortwörtlich.

Reitz selbst wiederum streitet auf Nachfrage ab, die drei gekannt und ihnen Zutritt zur Veranstaltung gewährt zu haben. Der wegen Volksverhetzung verurteilte Neonazi, in dessen politischem Umfeld sich zahlreiche verurteilte Gewalttäter finden, behauptet in einer Stellungnahme, er „lehne Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele kategorisch ab“. Mehr noch: die „entfachte Medienhysterie [anlässlich der NSU-Verbrechen] soll zu einer Pogromstimmung gegen Rechts führen“, behauptet Reitz und versucht so die geistigen Brandstifter und tatsächlichen neonazistischen Gewalttäter zu verfolgte Opfern zu stilisieren.

„Das Rheinland im Angriff!“

Die jährliche „Jahresabschlussversammlung“ der Kölner Neonazis fand 2010 in einer Kneipe in Neuhöfen statt und stand unter dem Motto: „Der nationale Sozialismus marschiert“. Redner und Gäste kamen vor allem aus NRW und Niedersachsen. Da Besucher angeblich „Sieg Heil!“ und „Heil Hitler!“ gerufen hätten wurde auch die Polizei informiert. Festnahmen oder Personalienkontrollen gab es allerdings nicht.

Dieses Jahr stand die von angeblich etwa 100 Nazis besuchte Veranstaltung in Köln unter dem Titel „Das Rheinland im Angriff!“. „Multi-Kulti“ erklärte dort der Redner Manfred Breidbach (NPD Düsseldorf), müsse „mit allen möglichen [sic!] Mitteln“ bekämpft werden. Denn „wenn wir, die wir uns hier versammelt haben nicht kämpfen werden und das müssen wir [...] dann werden wir nicht als Volk überleben!“, appellierte Paul Breuer an die Zuhörer. Dieter Riefling schloss mit den unmissverständlichen Worten „Nieder mit den Demokraten! Nieder mit der Überfremdung!“ seine rassistische Rede. Unverhohlen wurde hier vor vielen jugendlichen ZuhörerInnen zu vielfältigen Maßnahmen gegen MigrantInnen und DemokratInnen aufgerufen.

dorf), müsse „mit allen möglichen [sic!] Mitteln“ bekämpft werden. Denn „wenn wir, die wir uns hier versammelt haben nicht kämpfen werden und das müssen wir [...] dann werden wir nicht als Volk überleben!“, appellierte Paul Breuer an die Zuhörer. Dieter Riefling schloss mit den unmissverständlichen Worten „Nieder mit den Demokraten! Nieder mit der Überfremdung!“ seine rassistische Rede. Unverhohlen wurde hier vor vielen jugendlichen ZuhörerInnen zu vielfältigen Maßnahmen gegen MigrantInnen und DemokratInnen aufgerufen.

Veranstaltung mit Ku-Klux-Klan

Bereits einen Monat später hielten die Freien Kräfte Köln in Kooperation mit der Kameradschaft Sturm Rhein-Sieg eine weitere Veranstaltung in Köln ab. Mit Unterstützung von Werner Keweloh sei es gelungen David Ernest Duke als Redner zu gewinnen. Duke wurde 1950 in Tulsa, Oklahoma geboren. Politisch aktiv war er unter anderem in der ranghöchsten Position des Ku-Klux-Klan (KKK). Auf das Konto des KKK gehen zahlreiche rassistische Morde in den USA. In der Ukraine promovierte Duke mit dem Thema „Zionismus als Form jüdischer Weltherrschaft“ und veröffentlichte mehrere antisemitische Bücher. Auf seinem Weg zur Veranstaltung in Köln nahm die Polizei Duke fest, der inzwischen in Österreich leben soll. Gerechtfertigt wurde die Festnahme mit dem Schengener Abkommen, das Staaten erlaubt Menschen auszuweisen, die in anderen Staaten in denen das Schengener Abkommen gilt, Einreiseverbot haben. Ein solches Verbot sprach die Schweiz gegen Duke aus. Nach nur wenigen Stunden Inhaftierung reiste Duke aus Deutschland unverrichteter Dinge wieder ab und kündigte an, gegen das Einreiseverbot rechtliche Schritte einleiten zu wollen. Die Kölner Neonazis hoffen derweil, den 61-jährigen Referenten dann bei einer späteren Veranstaltung im Rheinland begrüßen zu können.

Demonstration im Dezember

Doch bis dahin wollen die Freien Kräfte Köln nicht warten. Als Reaktion auf die verhinderte Veranstaltung mit David Duke planen die Freien Kräfte Köln am 10. Dezember eine Demonstration in Köln-Kalk abzuhalten. Gegen „Polizeirepression und Medienhetze“ wollen sich die Neonazis in dem von multi-kultureller Vielfalt geprägten Stadtteil richten. Dass sie gerade hier demonstrieren und sich dabei zum Opfer von „Medienhetze“ stilisieren wollen wird vor Ort als besondere Provokation verstanden. (jmg)

Morddrohung gegen 16-Jährige in Euskirchen

Drei Euskirchener Neonazis haben am Freitag, den 18. November 2011 einer 16-Jährigen aufgelauert und sie und ihre Familie mit dem Tod bedroht. Auf dem Weg nach Hause stellten sich der Schülerin zwei Männer und eine Frau in den Weg. Der „Kameradschaftsführer“ der „Freien Nationalisten Euskirchen“ (FNE), Markus S., erklärte daraufhin, er „mache sie alle platt“, wenn die Betroffene nicht dafür Sorge, dass Inhalte über die Neonazigruppierung aus dem Internet verschwinden. Sollte dies nicht innerhalb von 72 Stunden geschehen wolle er das Haus der Familie abbrennen. Seine Drohung unterstrich er, indem er ihr eine „Redlist“ zeigte, die persönliche Daten von angeblichen NazigegnerInnen auflistet. Solch eine Liste habe angeblich jeder rechte Aktivist im Kreis Euskirchen.

Anti-Antifa Euskirchen

Schon 2008 war in der Lokalpresse bekannt geworden, dass Neonazis „schwarze Listen“ über vermutete politische GegnerInnen führen. Damals drohte der User „Säuferleber1488“ unverhohlen im Forum der FNE: „Wenn mir so ein Vogel [ein Nazi-gegner] krumm kommt, brauche ich keine Liste. Ich glaube, beim nächsten Mal stellen wir einen Sicherungstrupp um die Ecke[...]“. Auch mit massiven Schmierereien drohen Neonazis schon seit langer Zeit im Kreisgebiet Menschen mit dem Tod. In geis-

tiger Nähe zur NS-Ideologie fordern sie: „879er Deppen vernichten!“ – und machen damit Front gegen die migrantische Jugendgang „879“.

FNE tauchen ab

Bewarben die Neonazis noch kurz zuvor eine Nazidemonstration in Remagen, tauchten bei der Veranstaltung selbst keine Mitglieder der FNE dort auf. Offenbar wollte man sich einen Tag nach den Morddrohungen gegen die Familie nicht mehr öffentlich zeigen. Zwei Wochen zuvor erklärten sie via Internet, „dass die Führung der FNE aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten“ sei – und die Gruppe „ab sofort offiziell in die Winterpause“ gehe. Allem Anschein nach will die lokale Szene nach außen keine unnötige Angriffsfläche bieten.

Ermittlungen gegen Neonazis

Inzwischen hat die Betroffene Anzeige bei der Polizei erstattet. Auch der Bonner Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen. Die Strafverfolgungsbehörden sind jetzt in der Verantwortung, den kriminellen und gewalttätigen Neonazistrukturen in der Region die Hände zu binden. Der Fall zeigt: Rechte Gewalt beschränkt sich nicht allein auf die Mörder der „Zwickauer Zelle“. (mb)

Haftstrafe wegen Volksverhetzung gegen Dürener Neonazi

Aachen. Eine Haftstrafe von sechs Monaten, ausgesetzt zur Bewährung, wurde gegen einen Neonazi aus Düren zu Recht verhängt. Dies entschied das Landgericht Aachen am Dienstag der vergangenen Woche – und verwarf die Berufung, die Wolfgang S. gegen ein Urteil des Amtsgerichts Eschweiler vom Juni 2010 eingelegt hatte. Die Kosten für das Verfahren muss der nun Verurteilte tragen.

In der Sache war der Vorwurf unstrittig: Der 45jährige hatte am 5. April 2008 an einer Neonazidemonstration in Stolberg (Städteregion Aachen) teilgenommen und dabei die Parole „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!“ gegrölt. Die Tat wurde von der Polizei auf Video dokumentiert. Der aggressive Aufmarsch, der wenige Stunden nach der Tötung eines 19jährigen im Verlaufe eines eskalierenden Streites unter Jugendlichen stattfand, legte den Grundstein für den „Mythos Stolberg“. Seitdem instrumentalisieren Neonazis die Tat für ihre rassistische Propaganda und marschieren regelmäßig im April in der Kupferstadt auf.

Eine Woche nach der Tat erkannten Beamte Wolfgang S. während eines weiteren Neonazi-Aufmarsches in Stolberg wieder und erstatteten Anzeige. Unterwegs war er in einem T-Shirt der „Kameradschaft Aachener Land“.

Der gelernte Gebäudereiniger berief sich im Gericht auf das Recht der freien Meinungsäußerung und räumte ein, die Parole gerufen zu haben. Mit der Neonazi-Szene wollte er unterdessen nichts mehr zu tun haben. Dort sei er „durch Bekannte reingeraten“, gab er zu Protokoll. Eine Schutzbehauptung: Erst zwei Tage vor der Verhandlung nahm er an einer neonazistischen Veranstaltung teil.

Das Gericht folgte der Argumentation der Staatsanwaltschaft: Die aggressiv geäußerte Parole sei durchaus geeignet, zu Hass gegen Teile der Bevölkerung – namentlich der Menschen mit Migrationshintergrund im Stolberger Stadtteil Mühle – aufzustacheln. Folglich sei die Parole nicht mehr durch die Meinungsfreiheit gedeckt. (jdc)

Neu in der Bibliothek

Das globalisierte Klassenzimmer

Aus der Ankündigung des Prolog-Verlags: „*Migrationsbedingte Heterogenität ist in vielen Klassenzimmern in Deutschland mittlerweile eher Regelfall denn Ausnahme. Was bedeutet ein globalisiertes Klassenzimmer für die Bildungsarbeit an Schulen? Welche Herausforderungen, Ansätze und Erfahrungen gibt es? Der Band wird von Mirko Niehoff und Emine Üstün eingeleitet. Hierbei werden neben einem Blick in die Geschichte des pädagogischen Umgangs mit migrationsbedingter Vielfalt in Deutschland einige zentrale Herausforderungen benannt. In den weiteren Beiträgen werden sowohl theoretische Überlegungen, Zugänge und Ansatzmöglichkeiten einer Pädagogik im globalisierten Klassenzimmer als auch konkrete Praxismodelle und -beispiele beschrieben und reflektiert.*“

Niehoff, Mirko/Üstün, Emine: Das globalisierte Klassenzimmer. Toleranzerziehung und Interkulturelle Pädagogik, Prolog-Verlag, Immenhausen 2011

Den Sammelband, in dem auch die Arbeit der ibs vorgestellt wird, finden Sie in der Präsenzbibliothek des NS-Dokumentationszentrums.

Der Beitrag von Hans-Peter Killguss und Michael Trube zur Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus finden Sie unter:

www.mbr-koeln.de/materialien/ibs-handreichungen/

Demokratische Schulentwicklung

Aus dem Klappentext: „*Extrem rechte Tendenzen bei Jugendlichen werfen die Frage nach Handlungsmöglichkeiten der Institution Schule auf. Gabi Elverich rekonstruiert in ihrer ethnografischen Fallstudie einen Umsetzungsprozess demokratischer Schulentwicklung an einer ostdeutschen Schule. Sie untersucht Potenziale, Grenzen und Herausforderungen dieser Handlungsstrategie und verknüpft dabei Rechtsextremismus-, Schul- und Organisationsforschung. Die theoretisch fundierte Evaluationsstudie liefert Erkenntnisse zu Spannungsfeldern und Widersprüchen, in denen sich politische Bildung als Querschnittsaufgabe von Schu-*



le bewegt. Die Autorin arbeitet heraus, dass das Konzept demokratischer Schulentwicklung einer theoretisch-konzeptionellen Schärfung bedarf und gibt empirisch begründete Impulse für die Weiterentwicklung schulischer Rechtsextremismusprävention in Forschung und Praxis.“

Gabi Elverich: Demokratische Schulentwicklung – Potenziale und Grenzen einer Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus in der Schule. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2011

Die Veröffentlichung finden Sie in der Präsenzbibliothek des NS-Dokumentationszentrums.

Die Bibliothek des NS-Dokumentationszentrums

Die Bibliothek des NS-Dokumentationszentrums steht als Spezialbibliothek sowohl den Mitarbeitern des Hauses als auch der Forschung und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung.

Neue Öffnungszeiten:

Dienstag – Mittwoch: 10 bis 16 Uhr

Donnerstag: 10 bis 18 Uhr

Freitag: 10 bis 13 Uhr

Impressum

Redaktion: Hans-Peter Killguss

Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln

Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de/ibs